

## **Objectif Plein Emploi denkt mit, Herr Juncker.**

Herr Juncker sprach in seiner Rede zur allgemeinen politischen Ausrichtung von den "sogenannten" Beschäftigungsinitiativen, deren Funktionsweise überdacht werden muss.

Das liess uns aufhorchen!

Wenn wir der Meinung glauben schenken dürfen dass der Premierminister über ausserordentliche rethorische Fähigkeiten verfügt, so gehen wir davon aus dass er den Standpunkt vertritt dass die Betriebe der Solidarwirtschaft keine Beschäftigungsinitiativen sind, sie werden nur "so genannt".

Es wäre dies ein Meilenstein in der politischen Luxemburger Diskussion und könnte dazu führen dass Ernst gemacht wird mit der Einführung eines "dritten wirtschaftlichen Standbeines", wie im Koalitionsabkommen von 2004 festgeschrieben.

Zur Sache.

OPE und sein lokales Netzwerk der CIGL, waren Vorreiter in Sachen lokale Entwicklung und Solidarwirtschaft.

Vor gut zehn Jahren diskutierten wir mit dem damaligen Arbeitsminister Juncker über unsere Vorstellungen und Pläne. Auf der Basis unserer gesammelten Erfahrungen im Bereich der Politik der Territorialen Beschäftigungspakte, präsentierten wir Herrn Juncker eine Studie die aufzeigte wie man in Luxemburg der Vollbeschäftigung näher kommen kann., die "Etude Objectif Plein Emploi".

Lokale Entwicklung und Solidarwirtschaft waren die beiden Pfeiler auf die die Studie aufbaute. Der Minister gab grünes Licht um diese Arbeit fortzuführen und zur Studie konnten entsprechende Programme entwickelt werden.

1997 wurde das erste lokale Projekt für Entwicklung und Arbeit gestartet. Dies war kein Zufall. Man erinnere sich dass die vorletzte Luxemburger Europäische Präsidentschaft verantwortlich zeichnete für die Einsetzung der "Europäischen Strategie für Arbeit", auch bekannt unter der Bezeichnung "Processus de Luxembourg".

Ein wichtiger Teil dieser Strategie beruht auf der Einbeziehung der lokalen Ebene um neue wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen und so neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wenn OPE heute rund 700 neue Arbeitsplätze in Luxemburg geschaffen hat indem das entstehende Netzwerk nicht mehr als "Beschäftigungsinitiative" funktionierte, so hatte Herr Juncker sich schon damals nicht geirrt als er unsere Konzepte guthiess.

Wenn wir ihn also heute richtig verstehen, so fühlen wir uns in unserer Arbeit weiterhin bestätigt.

OPE könnte also weiterhin ein Akteur sein der wirtschaftlichen Fortschritt mitgestaltet.

Dafür müssen aber einige Dinge geklärt werden.

OPE als Initiator und Akteur der Solidarwirtschaft in Luxemburg braucht eine klare, bekennde Aussage seitens der Politik zur Fortführung seiner Arbeit und fordert weiterhin eine ebenso differenzierte wie strikte Abgrenzung zur Arbeit der Beschäftigungsinitiativen.

Unser vorrangiges und konkretes Anliegen ist demnach, ob es seitens der Politik gewünscht ist dass OPE seine R&D Arbeit weiterführt und somit zur sozio-ökonomischen Entwicklung und Bereicherung in diesem Lande beitragen soll.

OPE unterhält ein europäisches Netzwerk in dem eminente Wissenschaftler von Universitäten und Forschungsinstituten sich an unserer Arbeit beteiligen.

Die von OPE ins Leben gerufenen Programme haben europaweit aufhorchen lassen und werden in wissenschaftlichen Arbeiten und Evaluationen als exzellentes Beispiel behandelt.

Kurzum, Luxemburg kann mit OPE ein europaweit anerkanntes Kompetenzzentrum im Bereich der Lokalentwicklung und der Solidarwirtschaft vorweisen.

Nur, wenn man sich zum Beispiel den Aktivitätsbericht des "Plan d'Action National en faveur de l'Emloi" ansieht, dann findet man, übrigens wie auch bei den vorherigen, nichts, aber auch rein gar nichts über unsere Arbeit.

Was soll das?

Wir haben übrigens schon öfter die Erfahrung machen müssen dass zuständige Europäische Instanzen sich sehr über diesen Tatbestand gewundert haben.

OPE kann noch viel leisten. Mit den Anfeindungen und Anrempelungen die uns regelmässig aus verschiedenen Kreisen heimsuchen werden wir umzugehen wissen, aber, im besten Verständnis der Demokratie und der Subsidiarität benötigen wir eine allgemeingültige Legitimität.

Mit viel Mut werden wir unser Kompetenzzentrum in Sachen Lokalentwicklung und Solidarwirtschaft in den nächsten Monaten und Jahren weiter ausbauen. Hoffentlich mit der Unterstützung der Luxemburger Regierung!